

Alternativen zu Kreis- & Ortsverbänden

Für kleinere Gliederungen sprechen folgende Argumente

- eigenes finanzielles Budget
- weitere Personen können Verantwortung übernehmen
- regionale Politik kann konsequent umgesetzt werden
- regionale Politik kann regional bestimmt werden
- öffentliche Anerkennung regionaler Positionen durch offizielles Gremium
- klarer bestehender Rechtsrahmen
- Motivation durch Selbstbestimmung und Mitgestaltung

Gegen kleinere Gliederungen sprechen folgende Argumente

- zusätzliche Bürokratie
- zusätzlicher Formalismus
- fixe Bindung knapper finanzieller Ressourcen (Lenkbarkeit der Budgets als Handlungsoption wird extrem erschwert)
- Verbrauch von Köpfen, die für andere Positionen ausscheiden => Braindrain
- Demotivation durch Ausschluss an direkter Teilhabe einzelner Mitglieder bei höheren Parteigremien
- Verschwendung von personellen Ressourcen für Bürokratie
- Abschreckung von Aktivisten durch Kleingärtnermentalität
- Zwangseingliederung von Mitgliedern in Kreise
- Zwangsweise regionalbezogene Festlegung des Mitgliedskreises
- Keine Doppelposition möglich
- Abhängigkeit von übergeordneten Satzungen auch in Einzelregelungen

Parteiengesetz als Machtinstrument - nicht als Leitfaden für Piraten

Das Parteiengesetz ist durch die SPD und CDU der 50er Jahre erschaffen worden. Beide Parteien verfügten über mehr als eine Million Mitglieder. Dies macht zur Funktionsfähigkeit von Parteien notwendig die Meinungsvielfalt zu kanalisieren (einfache Mitglieder durch komplexe Parteistrukturen mundtot machen, das System ändert dich, bevor Du es ändern kannst). Gleichzeitig behindert es kleine Parteien in ihrer Flexibilität und Schlagstärke.

Zielsetzung der Piraten kann es nicht sein, sich den Spielregeln der Parteien zu unterwerfen. Piraten hinterfragen und finden eigene unkonventionelle Wege

Zielsetzung einer Alternative

Die Zielsetzung einer Alternative muss es sein, möglichst viele der Vorteile zu sichern und dabei gleichzeitig Nachteile weitgehend zu vermeiden. Zielsetzung ist ein piratischer Weg, den Staus Quo in Frage zu stellen.

Alternative "Kreis"

Als Alternative schlage ich die Etablierung von (Arbeits-)Kreisen vor. Diese benennen wir dabei schlicht als Kreis.

Ein Arbeitskreis ist keine gesetzlich geregelte Struktur und erlaubt uns hier völlige Handlungsfreiheit.

Der Titel "Kreis" ist nicht geschützt. Als Partei unterliegen wir nicht dem Wettbewerbsrecht im eigentlichen Sinne.

Daher können wir es gezielt darauf anlegen, dass Dritte den "Kreis Lübeck" (Barsbüttel, Segeberg, etc. pp.) für einen regulären Kreisverband halten und ernst nehmen werden.

Anders als der Kreisverband wird der Kreis nicht durch das Parteiengesetz geregelt. Der Kreis wird somit automatisch zu einer GbR. Da es sich jedoch nicht um eine Firma handelt, muss keine Firmierung angegeben werden.

Die Rechte und Pflichten des Kreises regeln sich aus einem Vertrag der zwischen dem Kreis und dem Landesverband geschlossen wird.

Vorteile

Wie können nun die einzelnen Punkte gelöst werden. Kommen wir zu den Vorteilen:

- eigenes finanzielles Budget

Per Vertrag kann der Landesverband dem Kreis ein jährliches finanzielles Budget zur Verfügung stellen. Dies kann sich an der Zahl der Mitglieder bemessen oder an völlig anderen Faktoren. Vorschlag: Je volle zehn Mitglieder 150 Euro je Mitglied pro Jahr, mindestens jedoch 300,- Euro. Das finanzielle Budget kann einfach per Kassenbuch durch den Kassenwart geführt werden. Dieser legt es am Ende des Jahres dem Schatzmeister vor und übergibt den Rest des jährlichen Budgets an den Schatzmeister, der das Kassenbuch prüft und die entsprechenden Buchungen im Landesverband vornimmt.

Darüberhinaus kann natürlich jederzeit durch Beschluss weitere Finanzierung zufließen. Spenden können zweckgebunden durch den Kreis gesammelt werden und ebenfalls die finanzielle Ausstattung verbessern.

Fazit: Ein eigenes finanzielles Budget ist kein Problem. Hohe Qualifikation wird für das Amt des Kassenwarts des Kreises nicht benötigt. Die finanziellen Aktivitäten des Kreises gefährden niemals die Parteienfinanzierung. Kein Kreismitglied ist mit Haftung belastet. Zusätzliche Kosten für zusätzliche Buchführung und Wirtschaftsprüfung fallen nicht an, Ersparnis rund 240,- Euro p.a.

- weitere Personen können Verantwortung übernehmen

Auch der Kreis kann mit einem eigenen Vorstand flexibel Verantwortlichkeiten regeln.

- regionale Politik kann konsequent umgesetzt werden

Da der Kreis nicht durch Bürokratie gehemmt wird, stehen hier sogar mehr Möglichkeiten zur Verfügung

- regionale Politik kann regional bestimmt werden

Durch vertragliche Delegation, Vollmacht und klare Definition des Aufgabenbereiches kann der Landesverband einen Arbeitskreis beauftragen die Regionalpolitik in vollem Umfang auszuüben und zu bestimmen.

Der Kreis kann ohne weiteres einen eigenen Briefbogen und ein regional geprägtes Banner führen.

- öffentliche Anerkennung regionaler Positionen durch offizielles Gremium

Behörden haben Anfragen auch privater Personen in vollem Umfang zu beantworten => Volle Anerkennung

Privatpersonen differenzieren mangels Wissen nicht => Volle Anerkennung

Presse schreibt über Themen nicht über Institutionen => Volle Anerkennung

Andere Parteien und staatliche Institutionen erkennen nicht an => Macht nix, weil deren Anerkennung brauchen wir nicht. Für die normale Kommunikation dürfte es jedoch reichen, da der Unterschied zwischen der Bezeichnung Kreis und Kreisverband vermutlich mangels Kompetenz durch dritte Parteien, Bürgermeister etc. übersehen wird.

- klarer bestehender Rechtsrahmen

Den Rechtsrahmen kann der Landesverband vorgeben. Wir können eine Satzung für die Kreise erstellen. Kreise können sich selbst eine Geschäftsordnung geben.

- Motivation durch Selbstbestimmung und Mitgestaltung

Da alle Funktionen des Kreises fast vollständig gelöst wurden, dürfte diese Wirkung gleichfalls eintreten.

Nachteile

- zusätzliche Bürokratie und zusätzlicher Formalismus

Fällt per se geringer aus und kann flexibel nach den Bedürfnissen gestaltet werden, da uns sämtliche Handlungsfreiheiten gegeben sind.

- fixe Bindung knapper finanzieller Ressourcen (Lenkbarkeit der Budgets als Handlungsoption wird extrem erschwert)

Da das Budget durch die Vertragswerke und nicht durch Gesetze festgelegt wird, lässt es sich bei Bedarf anpassen. Es wird nur zweckgebunden verwendet, nicht fortgegeben. Die finanzielle Ausstattung des Kreises wird buchhalterisch dem Landesverband zugerechnet. Eine Unterfinanzierung (Insolvenzrisiko) der Kreise ist per se ausgeschlossen. Das Insolvenzrisiko des Landesverbandes ist vermindert.

- Verbrauch von Köpfen, die für andere Positionen ausscheiden => Braindrain

Fähige Kreisvorstände können weiter auch für Ämter auf Landesebene zur Verfügung stehen. Es gibt keine Interessenkonflikte, die sich aus dem Parteienrecht ergeben. Kein Braindrain.

- Demotivation durch Ausschluss an direkter Teilhabe einzelner Mitglieder bei höheren Parteigremien

Jedes Kreismitglied behält die vollen Rechte sich direkt an den Landesverband zu wenden.

- Verschwendung von personellen Ressourcen für Bürokratie

Da die Bürokratie geringer ausfällt, wird auch weniger Zeit darauf verwandt.

- Abschreckung von Aktivisten durch Kleingärtnermentalität & Zwangseingliederung von Mitgliedern in Kreise

Das bleibt nicht ganz aus, aber ein Mitglied ist nicht verpflichtet dem Kreis anzugehören und kann so aktiv bleiben, auch wenn er ansonsten regionale Vertreter nicht ausstehen kann

- Zwangsweise regionalbezogene Festlegung des Mitgliedskreises

Der Kreis kann sich persönlicher guter Kontakte bedienen auch wenn diese nicht aus dem eigenen PLZ-Bereich stammen. Die Aktivitäten sind regional bezogen, aber die personelle Zusammensetzung hängt ausschließlich vom Willen der beteiligten Personen ab. Es können sogar Nichtmitglieder (Betreiber des LAN-Zentrums) in den Kreis aufgenommen werden.

- Keine Doppelposition möglich

Spricht bei diesen Regelungen nichts dagegen. Wer fähig Regionalpolitik in Lübeck macht, kann in Stockelsdorf trotzdem zusätzlich dem Bürgermeister die Suppe versalzen.

- Abhängigkeit von übergeordneten Satzungen auch in Einzelregelungen

Ist nur in grundsätzlichen Fragen gegeben. Konkrete Fragen nach Ämtern, Gremien, Entscheidungsprozessen können anders organisiert werden.